Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 23 (1933)

Heft: 23

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Fernen Osten doch so, daß die rudis indigestaque molis, d. h. die erstarrte Völkermasse von fast 800 Millionen Menschen, die sich von Indien bis Sahalin ausbreitet, einen

Der 85jährige Prinz Saion ji, der eigentliche Leiter Japans.

Erreger braucht, um aus ihrer Lethargie zu erwachen. Das „Sichbemühen" im Völkerbund, diesen Zustand aufzuhalten, ist daher nutzlos. Japan hat einmal seine „Sendung" im Fernen Osten erkannt und geht nun seinen eigenen Gang. Platonische Maßnahmen oder weise Ratschläge des Völkerbundes sind daher bei Japan nutzlos, denn es gibt keinen besseren Kenner der asiatischen Seele, als eben das Reich der aufgehenden Sonne.

Was anders ist es dagegen, zu wissen, wer in Japan selbst die treibenden Kräfte sind, die ihm einen solch ungeheuren Impuls zur Aktivität geben und die Achse bilden, um die sich alles dreht. Man bezeichnet das Vorgehen Japans gegen China allgemein als „Imperialistisch". Schlagworte sind oft irreführend. Vergessen wir nicht die ungeheure Autorität und den enormen Einfluß, den die Armee in Japan hat. Es verdankt eben der Tapferkeit seiner Armee alles. Der Generalstab ist daher einer der qualifiziertesten Exponenten der japanischen Politik. Ohne mit den Führern der Heeresleitung gesprochen zu haben, wird das Ministerium keine Entscheidungen, politischen Handlungen vorbereiten. Beim Kriegsministerium und Generalstab, in Verbindung mit dem Kabinett, jedoch ohne sonderlichen Einfluß des Parlaments, werden die großen politischen Vorhaben erwogen. Da man nun die erhabene Majestät des Kaisers, von den oft recht unsauberen politischen Geschehnissen fern zu halten bestrebt ist, schuf man in der sogenannten „Genero" eine höchste und letzte Instanz. Dieses waren vier der bedeutendsten Staatsmänner Japans, von denen nur noch Prinz Saion ji am Leben ist. Dieser 85jährige Prinz und älteste Staatsmann ist der eigentliche Regent Japans. Seine hervorragende Befähigung, alle Dinge mit schlichter Klarheit zu erkennen, und in objektiver Weise zu beurteilen, wird nicht nur von den Japanern, sondern auch von allen fremden Diplomaten unumwunden anerkannt. Prinz Saion ji war in seiner Jugend einer der eifrigsten Neuerer und Unterstützer der Reformpolitik des großen Kaisers Meiji. Er ist der ruhende Pol, um den sich Altes und Neues harmonisch dreht. Seine ehrwürdige, fast möchte ich sagen, patriarchalische Gestalt nötigt Ehrfurcht und Achtung ab. Er bleibt dem brodelnden Strudel der Weltstadt Tokyo fern; in seiner altjapanischen Villa in dem stillen Dorfe Okitsu, ungefähr zwei Stunden von Toyo entfernt, wo alles Ruhe und Frieden atmet, nimmt er die Berichte der Minister und Militärs entgegen; hält Beratungen mit ihnen ab und fällt letzten Endes seine Entscheidungen. Bei allen wichtigen Staatsangelegenheiten wird der Prinz befragt und nie eine Entscheidung getroffen, ohne seine Zustimmung. Einen solchen Mut brächte überhaupt kein japanischer Staatsmann auf. Vielleicht liegt darin auch eine gewisse Berechnung, um so jede Verantwortung, denn eine solche zu tragen fürchtet jeder Japaner, los zu sein. Man kann daher ruhig sagen: Saion ji locutus causa finita est. Die fast sagenhafte überragende politische Gestalt des Prinzen Saion ji, heraustretend aus seiner Einsamkeit, bewirkt stets eine außerordentliche Beruhigung im öffentlichen Leben, sobald sich die Verhältnisse derart zugespitzt haben, daß Pro und Contra auf des Messers Schneide stehen. Das japanische Volk, nicht denkend an die Vorrechte seiner demokratischen Verfassung, überläßt es der Einzelperson des greisen Prinzen, über das Wohl und Wehe der Nation zu wachen. Mit einer gewissen Besorgnis denkt man bereits an die Zeit, wo Prinz Saion ji nicht mehr unter den Lebenden weilen wird. Da es nicht vorgesehen ist, die „Genero" zu erneuern, wird nolens-volens seine Majestät als Ausgangspunkt aller wichtigen Staatshandlungen betrachtet werden müssen. Somit geht der Wunsch jener politischen Strömungen in Erfüllung, die an sich eine Stärkung der Kaisermacht erstreben. — Don Gato.

Rundschau.

Viererpakt perfekt.

Nun steht fest, daß Frankreich den Pakt mit Macdonald, Mussolini und Hitler abschließen wird. Das einzig Sichere, was man indessen über den Vertrag weiß, ist, daß es nicht mehr der Mussolini-Plan sein kann. Die Kleine Entente hat ihre Einsprüche aufgegeben, ein untrüglicher Beweis, daß Frankreich auch ferner tun kann, was es will, ohne daß ihm jemand die Hände bindet. Das heißt also, daß kein eigentliches Bündnis zwischen den vier Großmächten zustande gekommen, sondern nur eine Abmachung zur freundschaftlichen Zusammenarbeit, wobei das Ganze unter Oberaufsicht des Völkerbundes stehen wird. Da im Völkerbund für jede Revision der Friedensverträge Einstimmigkeit vorhanden sein muß, kann Tschechien, kann Jugoslavien, kann irgend ein Kleiner von sich aus verhindern, daß auch nur ein Quadratmeter Landes von Staat zu Staat verschoben wird, es sei denn, die betreffenden würden sich selbst einigen.

Doch noch etwas weiß man über den Viererpakt: Daß er für zehn Jahre dauern soll, und daß während dieser Zeit keiner der Mächtigen daran denken wird, den andern

anzugreifen. Ob dies nun Hitlers Aufrüstungspläne zurückbindet? Berlin scheint sehr zufrieden, Rom desgleichen, Frankreich bleibt vorsichtig, England gelassen, obschon jedermann hofft, die Vereinigung der Vier werde der Abrüstungskonferenz einen neuen Impuls und der Weltwirtschaftskonferenz einen guten Anfang geben.

Ganz unabhängig von den Abmachungen der Großen hat Polen gegen den Vertragsabschluß protestiert und hält heute noch seinen Protest aufrecht. Mehr als jeder andere Staat fühlt es sich wegen des leidigen Korridors bedroht. Alle Welt versteht, daß man mit den alten Lösungen in dieser Frage nicht weiter kommt. Wer sich von der Vorstellung beherrschen läßt, daß Deutschland unmöglich seine Provinz Ostpreußen ohne Landverbindung halten könne, muß den Polen die Meeresküste absprechen, und wer an der Idee festhält, ein Großstaat müsse Anteil an einer Küste haben, muß Ostpreußen vom Reich „absägen", wie man es in Versailles getan. Gibt es da keine neuen Möglichkeiten?

Die Leute um Hitler selbst, die längst eingesehen, wie aussichtslos ein naher Krieg sein würde, sind natürlich am ehesten dazu gedrängt, Auswege zu suchen. Einen solchen hat von Papen auf der Iburg in Westfalen vor einer nationalen Versammlung angedeutet. Er will „Volk" und „Staat" getrennt wissen, der Volkheit eine Sonderexistenz schaffen, mit Rechten, die sich nicht mit den Staatsansprüchen decken. Papen entdeckt auf einmal die „Rechte der kleinen Nationen", welche Versailles nur ungenügend sicherte. Diese „Nationen" hätten, sofern sie ihre eigenen Rechte besäßen, staatsversöhnende Kraft.

Die Idee läuft auf folgendes hinaus: Deutsche, wo sie auch seien, würden vollkommene kulturelle Selbstbestimmung erhalten, desgleichen die „kleinen Völker" des Ostens. Die Staaten würden dadurch von Nationalismus entgiftet und könnten sich unter Beibehaltung ihrer jetzigen Grenzen zusammenschließen; Tschechien könnte seine Deutschen „staatlich" behalten, kulturell wären sie dem Reichsvolk — nicht dem „Reichs-Staat" angeschlossen. Eine wundervolle Idee, für das dritte Reich nämlich. Wiederauflage von Mittel-Europa im Sinne Naumanns und der Kriegsziele.

Man kann sich im neuen Vierbund auf allerhand Propaganda der Nationalsozialisten gefaßt machen — an Rührigkeit wird es nicht fehlen. Aber man vergesse nicht, daß es „volkliche Selbständigkeit, kulturell gefaßt", z. B. im Sowjetstaat gibt, „Tartarenrepublik", „Baschkirien" ꝛc. Und etwa auch einen kulturell selbständigen Berner Jura, um diese „Neuheit" zu illustrieren.

Morgan angeklagt.

Welche Widerstände Roosevelt im Lande zu überwinden hat, um die Abschaffung der Goldwährung und die von den Farmern gewünschten „Experimente" (Preiserhöhung, Dollarsenkung) durchzuführen, zeigt der Morganprozeß, der vielleicht zu andern Zeiten gar nicht in Szene gesetzt worden wäre. Aber es geht diesmal um gewichtige finanzielle Dinge, und darum wird eine Anklage des Sekretärs J. P. Frey im Organ des amerikanischen Gewerkschaftsbundes für den Staat zum Anlaß, einzugreifen. Es steht nicht eigentlich fest, wer den Stein ins Rollen brachte, und in wessen Interesse eigentlich Morgan angegriffen wurde, ob Roosevelt die Fäden in Händen hält, oder ob die fürchterliche Katastrophe der Prosperity ermöglichte, überhaupt mit einer Anklage Eindruck zu machen, so daß sich nun etwas vollzieht, was dem Präsidenten teils gegen den Strich läuft, teils ihm dienen wird.

J. P. Frey hatte behauptet, Morgan beherrsche die Wirtschaft vollständig und übe eine faktische Diktatur über die Arbeiterschaft aus. Die Bankiers erhoben sich und liefen Sturm. Der Staat mischte sich ein. Frey mußte sich vor einer Senatskommission verantworten und leistete den Beweis für seine Anklage. Ueber 4000 Direktorenposten in Banken und in andern Wirtschaftsunternehmen werden von 24 New Yorker-Banken gestellt. Das sagt genug. Aber mehr als das: Die Morganbanken pflegen ein gigantisches Bestechungssystem.

Wäre eine solche Anklage während der Prosperity gefallen — was an und für sich undenkbar ist — so hätte man den Ankläger vielleicht gelyncht. Heute aber ist die Volksstimmung willig, den Sündenbock Morgan in die Wüste zu jagen. Das ändert also alles. Auch hat die Regierung alles Interesse, die Widerstände der Bankwelt zu brechen; also wird nun, nach der gelungenen Anklage Freys, die Sache nicht verwedelt, sondern der Staatsanwalt hat Auftrag, zu untersuchen. Und er untersucht tatsächlich! Man stelle sich vor: In Amerika! Die Staatsraison muß ihre Gründe haben, dies geschehen zu lassen. Auch auf die Gefahr hin, daß sogar Leute der Regierungspartei hängen bleiben, heißt es: „Entlarven!"

Und es wird entlarvt! Norman Davis, der amerikanische Delegierte auf der Abrüstungskonferenz, der berühmte Dawes, der den Plan der deutschen Zahlungen schuf, den heute längst zerbrochenen, der jetzige Schatzkanzler Woodin, der ehemalige Präsident Coolidge, der Flieger Lindbergh, der amerikanische Gesandte in England, eine Reihe Bankdirektoren und anderer Politiker sind bestochen. Auf sanfte Weise: Mit unbefristeten Darlehen. Mit billigen Aktien und so weiter!

Amerika hat seine Sensation. Wenn sie nur dazu dienen würde, Roosevelt zu ermuntern, das Geldwesen gründlich zu reformieren! Aber dazu langt's wohl nicht. Höchstens eben zu Maßnahmen, welche die Farmer für die Gegenwart verlangt haben.

Schwedische „neue Politik".

Wirklich eine Art „neue Politik", ein „Nep", aber ein anderes als das Leninsche. Die Regierungspartei, die sozialistische, verbündet sich mit der Agrarpartei und bekommt den finanziellen Untergrund für die Arbeitsbeschaffung, welche sie als notwendig erachtet, um die 150,000 Arbeitslosen vollständig zu beschäftigen. Kosten: 180,000,000 Kronen, aufgebracht auf dem Anleihenswege; die staatlich bezahlten Löhne sollen nicht niedriger sein als die landesüblichen; die Arbeitslosen treten als vollgewichtige Käufer auf, der innere Markt kräftigt sich, und neue Kaufkraft schafft mittelbar eine Besserung des Arbeitsmarktes, so daß der Staat vielleicht bald einen Teil seiner Beschäftigten entlassen und die 180 Millionen nicht voll zu pumpen und also auch nicht aufzunehmen braucht.

Die Bauern aber erhalten als Gegenleistung allerlei Begrüßenswertes: Nicht nur werden die Arbeitsbataillone eingesetzt, um Straßen und Böden zu verbessern, Wälder zu säubern, Wasser zu kanalisieren; neben diesen Diensten am Boden wird der Staat dafür sorgen, daß die Preise für wichtige landwirtschaftliche Erzeugnisse erhöht werden, und auch auf der Höhe bleiben.

Der Schatten des Programms, daß die 180,000,000 verzinst werden müssen und jährlich weitere 9 Millionen kosten (an die „großen Sparer" zu bezahlen), ist nicht zu übersehen, schüttet der Staat doch neue Kellen voll zum Großbesitz. Wenn aber der Plan funktioniert und neben den bezahlten Staatsarbeitern auch die wieder florierenden Bauern gute Käufer werden, so hat Schweden für viele Länder ein Beispiel gegeben.

-an-